

Antragsteller: DGB Regionsvorstand

	Wortlaut des Antrages:	Empfehlung der Antragsberatungskommission:	Beschluss der RDV:
<p>1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33</p>	<p>Politische Vertretung des DGB gegenüber der Bremer Landespolitik auch künftig absichern</p> <p>Die Regionsdelegiertenversammlung möge beschließen: Eine der Hauptaufgaben des DGB als Dachorganisation ist die gewerkschaftsübergreifende Interessenvertretung gegenüber der Landespolitik. Durch die Föderalismusreform ist in vielen Politikbereichen die Zuständigkeit der Länder gewachsen. Über den Bundesrat können die Länder nach wie vor Einfluss auf die Bundespolitik ausüben. Deshalb muss durch die geplante Organisationsreform des DGB sicher gestellt werden, dass die Vertretungsmacht des DGB gegenüber Landesparlament und –regierung nicht geschwächt wird. In den DGB-Bezirken, die mehrere Bundesländer umfassen, bestehen bisher eigenständig gewählte Landesvorstände. Im Stadtstaat Bremen, der zum Bezirk Niedersachsen/ Bremen/ Sachsen-Anhalt gehört, nimmt der Regionsvorstand mit einem/einer gewählten Regionsvorsitzenden an der Spitze, diese Funktion wahr. Im Rahmen der Organisationsreform sollen künftig die Regionen zu Verwaltungseinheiten innerhalb der DGB Bezirke werden und die Interessenvertretung gegenüber Senat und Bürgerschaft in Bremen durch eine/n vom Bezirk in Hannover bestimmten Landesbeauftragte wahrgenommen werden.</p> <p>Der DGB würde damit auf der Landesebene ohne gewerkschaftspolitische Basis agieren und dementsprechend in seiner politischen Akzeptanz und Autorität gegenüber den landespolitischen Akteuren geschwächt.</p> <p>Wir fordern daher, dass die Organisationsreform sicher stellen muss, dass die landespolitischen Aufgaben des DGB im Stadtstaat Bremen durch eine/n gewählten DGB-Vorsitzenden und ein gewerkschaftlich legitimes DGB Vertretungsgremium auf Landesebene wahrgenommen werden.</p>	<p>Annahme</p>	<p><input type="radio"/> Annahme</p> <p><input type="radio"/> Annahme mit Änderung</p> <p><input type="radio"/> Ablehnung</p> <p><input type="radio"/> Material an:</p>

Antrag – Nr. A 4

Antragsteller: DGB Regionsvorstand

**Deutscher Gewerkschaftsbund – Region Bremen
Regionsdelegiertenversammlung 21. November 2009**